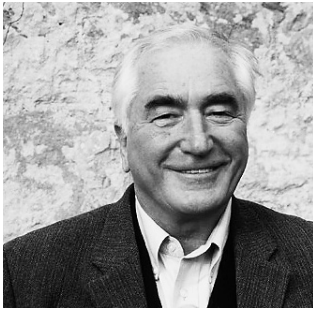


## Wenn die Lüge zur Wahrheit wird ...

**Wirtschafts- und Reformpolitik:** Albrecht Müller, ehemaliger Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt nimmt die Reformen und gängigen Legenden, die Politik und Wirtschaft beherrschen, unter die Lupe. Das Interview initiierte Gerhard L. Endres.



Albrecht Müller, Buchautor von u.a. „Die Reformlüge“ und „Machtwahn“ ist am 29. März um 18.30 Uhr zu Gast bei der GEW in Karlsruhe.

[http://www.gew-bw.de/Veranstaltungsreihe\\_Wirtschaftspolitik.html](http://www.gew-bw.de/Veranstaltungsreihe_Wirtschaftspolitik.html)

**b&w:** Herr Müller, was ist das bestimmende Kennzeichen der jetzigen Reformen?

**Müller:** Das Hauptkennzeichen ist ihre Unvernunft und Wirkungslosigkeit. Man macht weiter, obwohl die Reformen bisher nicht geholfen haben, Arbeitsplätze zu schaffen.

**b&w:** In der Öffentlichkeit wird von Medien, Politik und Wissenschaft der Eindruck erweckt, die derzeit günstige Entwicklung der Arbeitslosenstatistik wäre Ergebnis vorangegangener Reformpolitik. Wie halten Sie davon?

**Müller:** Die öffentliche Meinungsbildung ist zunehmend ein Opfer der inzwischen bis hin zum Statistischen Bundesamt üblich gewordenen Manipulation. Dieses meldete am 11.1.2007 in einer Pressemitteilung: „Deutsche Wirtschaft im Jahr 2006 kräftig gewachsen“. In der Tabelle dieser Pressemitteilung lässt sich dann ein real um 2,5 Prozent gewachsenes Bruttoinlandsprodukt ablesen, was eine lächerlich geringe Zahl ist, wenn zuvor eine Periode von 14 Jahren Stagnation liegt. Um wirklich aus dem wirtschaftlichen Loch herauszukommen und die Arbeitslosigkeit nicht nur durch Verschiebung auf Minijobs abzubauen, brauchen wir mindestens vier Jahre lang einen Zuwachs von um die 4 Prozent. So war es in Schweden und Großbritannien in den neunziger Jahren. Die Arbeitslosigkeit wurde nicht mit Reformen von Frau Thatcher, sondern vornehmlich mit einer expansiven Geld und Fiskalpolitik abgebaut.

Dennoch, ich gebe gerne zu, dass es den Herrschenden gelingt, ihre Parolen zu streuen, was den Kern unseres heutigen Problems markiert: Es gibt keine unabhängige Meinungsbildung mehr, weil gewisse Kreise mit massiver Propaganda die öffentliche Meinung und damit die politische Linie bestimmen. Unsere Demokratie ist – wenn sie eine blei-

ben soll – deshalb dringend darauf angewiesen, dass wir eine Gegenöffentlichkeit gegen den Mainstream aufbauen. Menschen müssen wieder lernen, kritisch zu fragen, zu zweifeln. Die Schule ist ein Ort, wo diese Tugend wieder geübt werden muss.

**b&w:** Ist der Reformbegriff überhaupt noch passend für das, was politisch geschieht?

**Müller:** Der Reformbegriff wird missbraucht. Erstens: Das Wort Reformen hatte einen guten Klang, weil sie in der Regel der Mehrheit der Menschen zu gute kamen. Reformen – wie z.B. die Einführung des gleichen Kindergelds – sollten vernünftig sein und gerecht. Letzteres ist jetzt völlig weg. Es sind alles Reformen zugunsten der Oberschichten, wie man an den vielen Steuerreformen sieht. Es sind permanent Steuern gesenkt und gestrichen worden, immer mit einer Verschiebung zugunsten derjenigen, die mehr haben und mehr verdienen. Zweitens stimmt der Begriff Reformen eben nicht, weil sie keine positive Wirkung entfalten. Das liegt an dem, was ich Denkfehler nenne.

**b&w:** Zum Beispiel?

**Müller:** Man meint, die Lohnnebenkosten zu senken, würde Arbeitsplätze bringen. Das ist eine so verkürzte Sicht ökonomischer Zusammenhänge, dass man sich schon fragen muss, wie man auf diese Schnapsidee kommt.

**b&w:** Warum ist das aus ihrer Sicht verkürzt, es wird uns doch jeden Tag in den Medien dargestellt?

**Müller:** Es gibt Politiker wie zum Beispiel Frau Sager und Frau Göring-Eckhart von den Grünen oder einige Journalisten, die offensichtlich gerade gelernt haben, dass es Lohnnebenkosten gibt. Sie sagen dann jeden Tag fünf Mal, wenn wir die Lohnnebenkosten senken, geht es aufwärts. Nun weiß jeder Öko-

### GEW-Veranstaltung am 29. März in Karlsruhe:

Im Rahmen der Wirtschaftspolitischen Reihe der GEW ist Albrecht Müller am Donnerstag, 29. März 2007, um 18.30 Uhr im DGB-Haus Karlsruhe zu Gast bei der GEW. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Weitere Infos unter: [www.gew-bw.de/Veranstaltungsreihe\\_Wirtschaftspolitik.html](http://www.gew-bw.de/Veranstaltungsreihe_Wirtschaftspolitik.html)

nom: Lohnnebenkosten sind ein Element unter vielen, die Produktionsentscheidungen beeinflussen. Ein Unternehmer produziert, wenn er mehr Absatz, mehr Gewinn erwarten kann. Produktion und Investitionen hängen weiter von den Zinsen ab, weniger von den Löhnen, z.B. machen die Löhne im verarbeitenden Gewerbe gerade einmal 21 Prozent aus. Die Lohnnebenkosten sind dabei ein kleines Zusatzelement.

**b&w:** Wieso hält sich dann diese Behauptung so hartnäckig?

**Müller:** Die so genannten Reformen haben das ja offen gesagt: Sie wollen das System in Deutschland ändern. Der Chef der Deutschen Bank meint, es sei nach fünfzig Jahren Bundesrepublik Deutschland an der Zeit, die Strukturen neu zu entwerfen. Der sagt es ehrlich: Man will ein anderes System mit weniger Solidarität, mit weniger solidarischer Sicherung im Alter, mit Privatfürsorge bei Krankheit.

Die private Versicherungswirtschaft weiß genau, was sie will. Wenn sie es schafft, zehn Prozent der Beiträge für die Altersvorsorge zu sich umzuschichten, also bei der gesetzlichen Rente die Lohnnebenkosten zu senken, dann haben sie ein Umsatzplus bei ihren Prämien von gut 15 Milliarden Euro.

**b&w:** Das ist offensichtlich nicht zum Wohle aller, sondern nur we-

niger. Wer berät Politiker zu diesen Reformen?

**Müller:** Einige Politiker plappern einfach nach, was ihnen von Wissenschaftlern gesagt wird. Bei einigen Wissenschaftlern habe ich in meinen beiden Büchern „Die Reformlüge“ und „Machtwahn“ nachgewiesen, dass sie korrumpiert sind, dass ihre Institute und Gutachten von der Versicherungswirtschaft bezahlt werden. So gibt es viele Abhängigkeiten und einige Politiker haben sich an diese Gruppierungen angehängt.

Hinzu kommt, dass die Arbeitgeber ihren Einfluss gut organisiert haben, denken sie nur an die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das ist ein Verein, der sehr wirksame Public Relation betreibt und immer größere Teile des Journalismus unterwandert.

**b&w:** Was macht die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft?

**Müller:** Diese Initiative konnte schon in den ersten fünf Jahren 50 Millionen Euro ausgeben. Kenner behaupten, sie hätten noch viel mehr Geld. Damit haben die Initiatoren sehr geschickt Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Sie haben verkündet, dass „Chancen für alle“ notwendig sind, sie haben gesagt, dass Deregulierung und Privatisierung notwendig seien. Die INSM propagiert dies mit enormer Power. Ihre Macher sind clever und haben kapiert, dass man eine falsche Botschaft unter die Leute bringen kann, wenn man sie von verschiedenen Ecken aus sendet. Deshalb haben sie Grüne, Mitglieder der SPD, der CDU und der FDP in ihr Kuratorium berufen und zu „Botschaftern“ gemacht. Damit erscheinen Botschaften glaubhaft, auch wenn sie höchst fragwürdig sind. Das ist clever gemacht.

**b&w:** Ist die INSM die einzige dieser Art?

**Müller:** Es gibt mehrere dieser Gründungen, z.B. den „Bürger-Konvent“, BerlinPolis, es gibt eine Vereinigung junger Abgeordneter, es gibt einen Zusammenschluss „Aktionsgemeinschaft Deutschland“ – allesamt dienen sie der Propaganda. Sie finden Herrn Metzger von den Grünen in mehreren Vereinigungen, sie konnten Herrn

Metzger auch auf der Lohnliste der Bertelsmann-Stiftung finden. Die Bertelsmann-Stiftung ist häufig der Pate im Hintergrund, so schon bei den Beratungen der Agenda 2010 – eine wirklich Krake, die inzwischen weite Teile der Schul- und Hochschulpolitik beeinflusst.

**b&w:** Es überrascht, dass sich die Bertelsmann-Stiftung in diese Niederungen der politischen Auseinandersetzung begibt.

**Müller:** Die Stiftung hat das Image des Wohltäters und tut auch einiges dafür. Dennoch betätigt sie sich in erster Linie als gesellschaftspolitisches Agitationsunternehmen. Reinhard Mohn, der Chef von Bertelsmann, hat schon 1996 gesagt „es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht“ (Stern 27/1996). Die seit rund 14 Jahre währende Verschlechterung der Konjunktur ist offensichtlich nicht nur Schicksal oder Zufall. Schon 1975 hat Strauss in Sonthofen formuliert: es muss tiefer sinken, den Leuten muss es schlechter gehen, damit sie sich die „Reformen“ gefallen lassen. Mohn denkt ähnlich.

**b&w:** Was ist aus Ihrer Sicht die notwendige Konsequenz?

**Müller:** Aufklären. Ich erlebe es jeden Tag, dass Menschen sagen: „Ich habe bisher gar nicht gemerkt, wie ich an der Nase herumgeführt worden bin.“ Auch in bürgerlichen Kreisen merke ich, dass viele die tägliche Gehirnwäsche durchschauen. Aber lange noch nicht die Mehrheit. Denn: Unsere allgemeine politische Debatte ist stark wirtschaftspolitisch eingefärbt. Das heißt, dass sich, wer mitreden will, auch darüber ein Urteil bilden muss. Wir bekommen aber immer die gleichen Legenden erzählt und neigen dazu, uns am großen Strom der Meinungen zu orientieren. Dieser große geistige Strom wird von der Elite der Wirtschaftsfunktionäre und einigen Wirtschaftswissenschaftlern beherrscht.

**b&w:** Haben Sie Beispiele für diese Legendenbildung?

**Müller:** Erstens: Arbeitszeitverlängerung würde Arbeitsplätze schaffen. Das entbehrt jeder Logik. Wenn es aber zwanzig Mal gesagt oder geschrieben wird, dann glaubt es auch der letzte Leser oder Hörer.

Zweites Beispiel: Wenn im „Spiegel“ und anderen Medien permanent gesagt wird, der Generationenvertrag trage nicht mehr, dann glauben das immer mehr. Wie sollen die Menschen auch sonst noch ihr Urteil schärfen? So sprechen sie dann eben nach, dass der Generationenvertrag nicht mehr trägt. Er trägt aber immer, das ist eine bare ökonomische Logik und muss immer tragen, oder wollen wir die Alten auf den Mond schicken?

Drittes Beispiel: Die Arbeitsplätze werden alle ins Ausland verlagert. Der DIHT schätzt, dass jedes Jahr 50.000 Arbeitsplätze verlagert werden. Verlagerung ist bedrückend, aber es ist ein kleiner Teil der insgesamt rund 34 Millionen Beschäftigten betroffen und zudem wird auch wieder zurück verlagert.

Die normale bürgerliche Welt glaubt, was in den Medien erscheint. Wirklich kritische Medien gibt es in Deutschland nur noch als Randexistenzen.

**b&w:** Was ist mit einer kritischen Wirtschaftswissenschaft?

**Müller:** Es gibt ja nur ein paar, z.B.: Heiner Flassbeck, Ronald Schettkat, Gustav Horn. Ansonsten rauft man sich die Haare.

Wenn ich argumentiere, wir müssen mehr investieren, dann heißt es sofort, „Sie sind ja ein Keynesianer und Keynes ist doch tot“. Darauf kann ich nur mit dem Chefökonom der amerikanischen Investment-Bank Goldman Sachs antworten: Adam Smith ist auch tot. Und wenn die deutsche ökonomische Wissenschaft so dogmatisch weiter macht, ist die deutsche Wirtschaft auch bald tot.

### Zum Weiterlesen:

- <http://www.nachdenkenseiten.de>
- Albrecht Müller: Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. München 2004
- Albrecht Müller: Machtwahn – Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet, München 2006